

IV Liberale Reformen zwischen Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit

Wie Burke glaubten die Liberalkonservativen, dass kluges Handeln sich nicht in der Suche nach dem Zweckmäßigen erschöpfe. *Expediency* und *justice* dürften nicht voneinander getrennt werden.¹ Damit knüpften sie an Burkes Überzeugung an, dass nur derjenige klug sei, der nicht vergesse, dass es Dinge gebe, die zu jeder Zeit und an jedem Ort ungerecht seien. Sie dachten in den Bahnen von Burkes aristotelisch geprägtem Naturrecht als einer „Klugheit höherer Ordnung“.² Auf dieser Grundlage glaubten sie entscheiden zu können, ob Institutionen oder Rechte einer, wie Canning es ausdrückte, „eternal truth“ und „immutable justice“ entsprächen oder ob sie null und nichtig seien, weil sie gegen diese höhere Gerechtigkeit verstießen.³

In diesem Sinne setzte Canning den „[n]aked, abstract political rights“ der Parlamentsreformer die „authorities of nature and of reason“ entgegen.⁴ Er spottete über die moderne Idee des Naturzustands, indem er die Doktrinen der Reformer als „theories of preternatural purity“⁵ bezeichnete. Sie waren nicht natürlich, sondern übernatürlich, weil sie frei waren von „all the ordinary influences which have operated upon mankind from the beginning of the world“.⁶ Natürlich waren nur Rechte, die eine Geschichte hatten, die das Ergebnis des „natural current of human nature“⁷ waren, und eine Geschichte hatten nur Rechte, die vernünftig waren, das heißt Rechte, die man präskriptiv nennen konnte, weil die Klugheit von Generationen sie hervorgebracht und weiterentwickelt hatte. Anders herum gewendet war die Tugend der Klugheit das Mittel, um zu prüfen, ob Rechte mit der universalen Gerechtigkeit übereinstimmten. Rechte, die dazu dienten, offensichtliche Verbrechen zu rechtfertigen, konnten nicht der ewigen Gerechtigkeit entsprechen; es konnte nicht klug sein, sie zu proklamieren. Wie das zu verstehen ist, zeigt Cannings Haltung zur Sklaverei.

1 Sklaverei und Sklavenhandel

An der Ungerechtigkeit der Sklaverei und des Sklavenhandels bestand für Canning nie ein Zweifel. Im Juni 1792, als Jurastudent in Lincoln's Inn, bedauerte er es des-

1 So Peel in Unterhausreden vom August und Dezember 1831: ebd., S. 358, 411. Siehe auch SP I, S. 272, S. 367; SP III, S. 552. Siehe auch eine Rede Cannings vom April 1822: SC IV, S. 382.

2 Siehe oben: Erster Teil, Kap. I.3.

3 Die Zitate finden sich in SC I, S. 197.

4 So in einer Rede in Liverpool vom Juni 1818: SCL, S. 229. Siehe auch eine Rede vor dem Backbone Club von 1820, S. 325.

5 Ebd., S. 229.

6 Ebd., S. 230.

7 So in der Rede vor dem Backbone Club: ebd., S. 325.

wegen, dass Richard Sheridan, mit dem er vor seinem Wechsel ins Lager der *Pittites* besonders eng verbunden war, seine Ablehnung des Sklavenhandels nicht öffentlich äußern wollte.⁸ Als junger Abgeordneter erklärte Canning im Februar 1795 im Privaten, dass er immer für seine Abschaffung stimmen werde, ohne dabei Rücksicht auf die Umstände zu nehmen: „policy“ und „prudence“ hätten in dieser Frage keine Bedeutung.⁹ Diese dezidierte Haltung änderte sich zwischen 1797 und 1799. Am 15. Mai 1797 und 3. April 1798 unterstützte Canning im House of Commons William Wilberforces Anträge, den Slavenhandel umgehend zu beenden.¹⁰ Als der unermüdliche Wilberforce am 1. März 1799 dasselbe Anliegen noch einmal vor das Unterhaus brachte, ließ Canning durchblicken, dass er noch immer zur Gruppe derjenigen gehörte, die den Handel sofort unterbinden wollten.¹¹ Gleichzeitig stellte er aber fest, dass ein anderer Vorschlag aus seiner Sicht die Grundlage für jedes weitere Vorgehen sein müsse, und zwar der Antrag, den Handel schrittweise abzuschaffen, den sein Freund Charles Ellis am 6. April 1797 durch das Haus gebracht habe.¹² Zumindest hinter diesen Antrag könne das Parlament nicht mehr zurückgehen.

Klugheit, die sich in dieser Frage in die praktische Politik des Gradualismus übersetzen ließ, spielte nun also doch eine Rolle. Um so wichtiger war es für Canning, seinen Zuhörern zu erklären, wie Klugheit und Gerechtigkeit zusammenpassten. Er griff dazu einen Beschluss des House of Assembly of Jamaica auf, dementsprechend die Pflanzer das Recht gehabt hatten, Arbeitskräfte aus Afrika zu beziehen.¹³ Canning schreckte nicht vor einem Vergleich zurück, der vielen im House of Commons den Atem verschlagen haben dürfte. Die Pflanzer seien nicht besser als die französischen Revolutionäre, die nicht nur Canning für die größten politischen Schurken der jüngeren Geschichte hielt:

The Right! I have learned, indeed, by painful experience of what has of late years passed in the world, to associate the word *right*, with ideas very different from those which, in old times, it was calculated to convey. I have learnt to regard the mention of rights as prefatory to bloody, destructive, and desolating doctrines, hostile to the happiness and to the freedom of mankind. Such has been the lesson which I have learnt from the rights of man. But [...] never before was the word *right* so prostituted and misapplied, as when the right to trade man's blood was asserted by the enlightened government of a civilized country. It is not wonderful that the slavery of Africa should be described in a term consecrated to French freedom.¹⁴

⁸ Siehe Canning an seine Tante Mehitabel Canning, 9.6.1792, WYAS, Canning MSS. (Add.), Acc. 2169, WYL 888/33b. Zu Cannings Verhältnis zu Sheridan vgl. HINDE, George Canning, S. 22.

⁹ Eintrag vom 26.2.1795 in: LETTER-JOURNAL OF CANNING, S. 215.

¹⁰ Siehe PH XXXIII, Sp. 574, 1392–1395. Zum Kampf für die Abschaffung von Sklavenhandel und Sklaverei im britischen Empire vgl. FERGUSON, Empire, S. 116–119.

¹¹ Siehe SC I, S. 164. Siehe dazu den Antrag von Wilberforce in PH XXXIV, Sp. 518–528.

¹² Siehe SC I, S. 163–169. Siehe auch die Einschätzung des damaligen Diskussionsstandes in Canning an Pitt, 16.12.1799, TNA, Chatham Papers, PRO 30/8/120, ff. 179–183. Siehe dazu außerdem den 1797 von Ellis gestellten Antrag in PH XXXIII, Sp. 251–294.

¹³ Siehe SC I, S. 175.

¹⁴ Ebd., S. 175f. (Hervorhebungen im Original.)

Wie für Burke hatte das System der in der Französischen Revolution proklamierten Menschenrechte für Canning nichts Befreiendes.¹⁵ Im Gegenteil: der Versuch, Rechte unabhängig von ihrer Gewordenheit durchzusetzen, konnte nur zu Unterdrückung führen. Dass die Afrikaner ein Recht hatten, nicht versklavt zu werden, lag für Canning auf der Hand. Selbst wenn dieses Recht nirgends wörtlich niedergeschrieben war, ergab es sich für ihn doch aus den in Großbritannien geltenden zivilisatorischen Standards.

Doch woher kamen diese Standards? Die Freiheiten, die die Liberalkonservativen verteidigten, waren englische Freiheiten. Sie galten aus ihrer Sicht aber nicht nur für Briten, sondern hatten insofern universalen Charakter, als sie auf *prescription* beruhten, also das Ergebnis der Klugheit vieler Generationen waren. Canning wollte die historischen Rechte der Engländer auch für die afrikanischen Sklaven gelten lassen, weil sie aus seiner Sicht natürliche Rechte waren. Ihr Ursprung lag in der englischen beziehungsweise britischen Geschichte.¹⁶ Gerade deshalb, weil sie sich über Generationen hinweg entwickelt und behauptet hatten, weil sie Ausdruck von *prescription* als kristallisierter Klugheit waren, weil sie in Übereinstimmung mit „equity and reason“¹⁷ standen, nahmen sie aus Cannings Sicht universalen Charakter an, waren also in einem burkeanischen Sinne naturrechtlich begründet: Als Ausdruck einer höheren Gerechtigkeit waren sie die Grundlage für die „Civil Rights of Mankind“, von denen Burke gesprochen hatte.¹⁸

Wie bereits ausgeführt, war lange Dauer für die Liberalkonservativen kein ausreichender Grund, um eine Einrichtung zu erhalten; sie musste sich auch bewährt haben, und bewähren konnte sie sich nur, wenn sie mit dem übergeordneten Wert gemäßigter Freiheit in Einklang war. Deshalb sagte Canning den Verteidigern des Sklavenhandels in der Debatte vom 1. März 1799, dass sie sich nicht auf die „venerableness of age, and the sacredness of prescription“ berufen könnten. Die Anfänge dieser Institution seien „stained with blood“, ihre ganze Existenz eine Ansammlung von Habgier, Grausamkeit und Mord, was durch ihre lange Dauer nicht im Geringssten abgemildert worden sei.¹⁹ Der Sklavenhandel, konnte sich nicht auf *prescription* berufen, heißt das, weil er durch seine lange Dauer nicht, wie dafür erforderlich, mit den Sitten Großbritanniens verwoben worden sei. Im Gegenteil: er widersprach vollkommen den für Großbritannien so charakteristischen Freiheitsrechten und damit den Forderungen einer durch Klugheit zu erkennenden universalen Gerechtigkeit.

¹⁵ Siehe auch ebd., S. 61f.

¹⁶ Vgl. auch OAKESHOTT, Political Education, S. 169f.

¹⁷ So in einer Rede vom 4.3.1819 (SC, Bd. IV, S. 106), in der Canning erklärt, dass die Herrschaft der Briten in Indien den „native habits and institutions“ dort entgegenkommen solle, wo sie mit „equity and reason“ übereinstimmen. Im Umkehrschluss heißt das, dass die britischen Gesetze diesem Anspruch nicht nur genügten, sondern ihn gleichsam idealtypisch verkörperten.

¹⁸ Siehe dazu oben: Erster Teil, Kap. II.2.

¹⁹ SC I, S. 198.

Wer ihn rechtfertigen und ihn zu einem ‚Recht‘ der Pflanzer erklären wollte, musste sich deshalb aus Cannings Sicht auf etwas anderes berufen, und zwar auf das, was die Liberalkonservativen für die Geißel ihrer Zeit hielten: auf die moderne, französische Philosophie. Um diesen Sachverhalt zu erklären, griff Canning eine Aussage auf, die Sir William Young, selbst Eigentümer mehrerer Zuckerrohrplantagen auf Antigua, St. Vincent und Tobago, in der Debatte vom 1. März 1799 hatte fallen lassen. Als Verteidiger der jamaikanischen Pflanzer hatte Young behauptet, die Gegner der Sklaverei in den Kolonien hätten diese Einrichtung nur nicht richtig verstanden. Macrobius habe nicht umsonst festgestellt, „that Zeno, and some of the greatest philosophers of Greece, were slaves.“²⁰ Dass sich Young in seiner absurden Erklärung auf die klassische statt auf die französische Philosophie bezog, störte Canning nicht. Es genügte ihm, dass das Wort Philosophie gefallen war, um zum entscheidenden Schlag auszuholen. Anders als man denken könne, überrasche ihn Youngs Aussage überhaupt nicht, denn schon beim Lesen des Wortes „Recht“ in der Resolution des House of Assembly habe er sich gedacht, dass „its companion, ‚philosophy‘, would not be far away. Right and Philosophy, are the two surnames of tyranny and injustice, in the vocabulary of French freedom; and the transition from that system of freedom to the system of absolute and abject slavery, is no violent or unnatural transition.“²¹

Damit schlug Canning eine ironische Volte, mit der er seine rhetorische Überlegenheit unter Beweis stellte. Denn Young hatte kurz zuvor vor genau demselben Einfluss gewarnt. Man müsse mit Versprechungen gegenüber den Sklaven vorsichtig sein, sagte er, denn schon jetzt seien sie „inflamed with French principles.“²² Im 18. Jahrhundert hatten Whigs verschiedener Provenienz den Tory-Begriff benutzt, um andere Whigs zu beleidigen und ihnen die Zugehörigkeit zur *Whiggery* abzusprechen. Diese Funktion übernahm im Zeitalter der Französischen Revolution der Vorwurf, französische Prinzipien, französische Freiheit oder eben die französische Philosophie verbreiten zu wollen. Canning beherrschte dieses Spiel weit besser als Young und hatte zudem die besseren Karten. Während Young behauptete, ein möglicher Sklavenaufstand könne durch die Prinzipien der Französischen Revolution herbeigeführt werden, war Canning der Meinung, dass es sehr viel leichter war, das Unrecht der Sklaverei und die Schreckensherrschaft der Jakobiner auf eine Stufe zu stellen, indem er sie auf denselben Ursprung zurückführte, auf den Bruch einer überzeitlich gültigen Gerechtigkeit, die der kluge Staatsmann intuitiv erfassen konnte.

Mit dieser Argumentation traf Canning auch deshalb ins Schwarze, weil Young selbst ein großer Verfechter der Rechte der Briten war. Im Jahr 1793 hatte er ein Pamphlet über *The Rights of Englishmen* veröffentlicht, in dem er erklärte, die Briten

²⁰ PH XXXIV, Sp. 529.

²¹ SC I, S. 189.

²² PH XXXIV, Sp. 528. Siehe auch ebd., Sp. 529.

genössen „Liberty, Equality, and the rights of man in civil society“ ohne die anarchistischen Zustände, die in einer „popular republic“ wie der französischen üblich seien.²³ Aber er sagte nicht, woher diese Rechte kämen, sondern nur, dass sie durch die englische Verfassung bewahrt würden.²⁴ Ihm und ähnlich denkenden Mitgliedern des House of Commons stellte Canning die implizite Frage, wie sie gleichzeitig die Rechte der Engländer hochleben lassen und das Unrecht des Sklavenhandels rechtfertigen könnten. Und er gab auch gleich eine implizite Antwort: Young und seine Freunde versagten gegenüber den Anforderungen einer universalen Gerechtigkeit, weil sie den präskriptiven Charakter der „rights of englishmen“ missverstünden, was nichts anderes bedeuten sollte, als dass sie Politiker ohne Klugheit seien. Wären sie Vertreter echter staatsmännischer Klugheit gewesen, hätten sie gewusst, dass die Ungerechtigkeit des Sklavenhandels seine Abschaffung verlangte, dass diese Abschaffung aber angesichts der Umstände nur Schritt für Schritt erreicht werden konnte.²⁵ So argumentierte Canning auch in einer Rede, die er am 27. Mai 1802 gegen die Versorgung der Insel Trinidad mit afrikanischen Sklaven hielt.²⁶

Dieser Gradualismus, von dem er glaubte, dass eigentlich jeder ihm zustimmen müsse, der nicht „in heart a Negro-driver“ sei,²⁷ prägte sich bei ihm noch stärker aus, nachdem das Parlament den Sklavenhandel mit dem *Slave Trade Act* von 1807 tatsächlich verboten hatte. Die nächste große Frage war nun die Abschaffung der Sklaverei selbst, und als es am 15. Mai 1823 im House of Commons um dieses Thema ging, argumentierte Canning, nicht zuletzt weil er wieder ein Ministeramt innehatte, noch vorsichtiger, als er es beim Sklavenhandel getan hatte. In dieser Rede wird vor allem deutlich, dass Cannings späteres Plädoyer für den *middle course between extremes* des britischen Staatsmanns mehr als eine Floskel war. In der Sitzung des House of Commons vom 15. Mai präsentierte und unterstützte Alexander Baring eine Petition der Beauftragten der westindischen Kolonien „against any interference with the existing laws respecting Slavery.“²⁸ In derselben Sitzung setzte sich der Abgeordnete für Weymouth and Welcombe Regis, der Quaker Thomas Fowell Buxton, der im selben Jahr die Anti Slavery Society mitbegründete, leidenschaftlich für nicht weniger ein, als für die zwar schrittweise, aber schnelle und völlige Abschaffung der Sklaverei in allen britischen Besitzungen.²⁹

²³ [YOUNG,] *The Rights of Englishmen* (1793), S. 56. Das Titelblatt des Buches enthält den Hinweis „By the Author of the History of the Republic of Athens“, so dass sich Young, der eine solche Geschichte verfasst hat, leicht als Autor identifizieren lässt. Siehe ders., *The Spirit of Athens* (1777).

²⁴ Siehe ders., *The Rights of Englishmen* (1793), S. 59.

²⁵ Siehe dazu auch Canning an Bootle Wilbraham, 7.6.1799, in: CANNING AND HIS FRIENDS I, S. 149–151.

²⁶ Siehe SC II, S. 15f.

²⁷ Canning an Windham, 26.2.1802, in: WINDHAM PAPERS, Bd. II, S. 184. Siehe dazu auch Canning an Boringdon, 5.2.1802, BL, Morley Papers, Add. MS. 48219, ff. 128f.; Canning an Lord Grenville, 25.3.1802, BL, Dropmore Papers, Add. MS. 69038, f. 53.

²⁸ PD (n. s.) IX, Sp. 255f.

²⁹ Siehe ebd., Sp. 265f. Zu Buxton vgl. BLOUET, Buxton, Sir Thomas Fowell.

Dass Canning nicht auf Barings Seite stand, war klar. Er machte aber auch deutlich, dass er Buxtons Antrag nicht zustimmen könne, weil er zwei Fragen miteinander vermische: den bereits abgeschafften Sklavenhandel, dessen Ungerechtigkeit und Brutalität er dem Haus noch einmal ins Gedächtnis rief, mit derjenigen der Befreiung der Sklaven.³⁰ Er habe, so Canning, wenn er in der Vergangenheit gegen den Sklavenhandel gesprochen habe, auch die endgültige Befreiung der Sklaven als Fernziel im Sinn gehabt. Aber er sei immer der Ansicht gewesen, dass man die Abschaffung des einen Übels nicht dadurch erschweren dürfe, dass man gleichzeitig das Ende eines anderen fordere. Buxton richte sich nicht an die Klugheit des Hauses, sondern wolle Gefühle wecken. Das aber sei eine Taktik, mit der sich am wenigsten erreichen lasse. Es gelte nämlich, zu entscheiden, wie „civil rights, moral improvement, and general happiness are to be communicated to this overpowering multitude of slaves, with the safety to the lives, and security to the interests of the white population, our fellow subjects and fellow citizens.“³¹ Dieses Ziel aber lasse sich nur durch eine graduelle Abschaffung erreichen.³² Wenn Canning so sprach, dann weil er wusste, dass der Widerstand der Pflanzer um so größer wäre, je weiter die Beschlüsse des Parlaments gingen.³³

Buxton hatte das Unterhaus am 15. Mai 1823 aufgefordert, ein Gesetz zu verabschieden, demzufolge alle Kinder von Sklaven, die nach einem bestimmten Datum geboren würden, die Freiheit erhalten sollten.³⁴ Obwohl er mit Blick auf das Ziel mit Buxton übereinstimme, sagte Canning dazu, könne er sich diesem Antrag nicht anschließen, sondern wolle einen eigenen Antrag stellen, der sich von Buxtons vor allem durch die größere Verantwortung des Ministers im Vergleich zu einem ungebundenen Parlamentarier unterscheide.³⁵ Canning legte darin deshalb den Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Sklaven, verwarf das „principle of perpetual slavery“³⁶ und stellte die Befreiung für einen späteren Zeitpunkt unter noch näher zu bestimmenden Bedingungen in Aussicht. Interessanterweise war Buxton damit zufrieden, zog seinen Antrag zurück und trug damit dazu bei, dass Cannings Antrag ohne Gegenstimmen angenommen wurde.³⁷

In den folgenden Jahren änderte Canning nichts mehr an seiner Haltung. Als es am 16. März 1824 noch einmal um das Thema ging, machte er allerdings noch deutlicher, dass es das Ideal der Mäßigung war, das ihn leitete: Er sei weder für eine dauerhafte Existenz der Sklaverei noch für deren sofortige Abschaffung. Wenn man ihn vor die Wahl stellte, müsste er sich Wohl oder Übel für den Fortbestand der

³⁰ Siehe dazu und zum Folgenden SC V, S. 137–140.

³¹ Ebd., S. 140.

³² Siehe ebd., S. 141, 148.

³³ Vgl. HINDE, George Canning, S. 343f.

³⁴ Siehe PD (n. s.) IX, Sp. 273.

³⁵ Siehe dazu und zum Folgenden SC V, S. 149, 155.

³⁶ PD (n. s.) IX, Sp. 360.

³⁷ Siehe ebd.

Sklaverei entscheiden – „not, God knows! from any love for the existing state of things, but on account of the tremendous responsibility of attempting to mend it by a sudden change“.³⁸ Zum Glück jedoch müsse er sich nicht für eines von beiden entscheiden, sondern könne sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Sklaven einsetzen und damit einen Prozess fördern, an dessen Ende die Abschaffung der Sklaverei stehen werde. Und indem er sich erst an Buxton und dann an Baring wandte, machte er noch einmal unmissverständlich deutlich, was das Credo des liberalen Toryismus war. Er verabscheue die Sklaverei nicht weniger als er, rief er Buxton zu, richte sein Handeln aber nicht an abstrakten Erklärungen aus, sondern an „moderation, equity, justice, and sound policy“.³⁹ Dann ließ er Baring wissen, dass er sich von ihm nicht zu einer Wahl zwischen *Skylla* und *Charybdis* zwingen lasse, sondern an seinem „moderate and middle course“ festhalten werde.⁴⁰ Dabei blieb er in den folgenden Jahren und wurde nicht müde, hervorzuheben, dass der Geist der britischen Verfassung auch in dieser Frage ein schrittweises Vorgehen vorschreibe, also „measures, moderate in their character, and progressive in their operation“.⁴¹

2 Die Katholikenfrage

Auch bei dem anderen großen politischen Problem, das die Idee der Gerechtigkeit berührte, bei der Katholikenfrage, vertrat Canning diesen gradualistischen Standpunkt.⁴² Dass Canning die Diskriminierung der Katholiken schon in jungen Jahren als ungerecht empfand und sich gleichwohl bei dieser Frage stets von taktischen Erwägungen leiten ließ, kann man an Überlegungen erkennen, die er im Mai 1794 anstellte.⁴³ Der Sache nach hätte Canning gern einem Antrag von Richard Sheridan zugestimmt, den Ausschluss von Katholiken und Nonkonformisten von Armee und Marine zu beenden. Nach Gesprächen mit Pitt kam er aber zu dem Schluss, dass es am besten für ihn war, gar nicht an der Abstimmung teilzunehmen. Einerseits wollte er nicht gegen den Antrag stimmen, andererseits seinen Namen nicht mit solch einer unpopulären Sache verbinden, vor allem nicht angesichts der angespannten politischen Gesamtlage.

³⁸ SC V, S. 197.

³⁹ Ebd., S. 232.

⁴⁰ Ebd., S. 232f.

⁴¹ So in einer Unterhausrede vom 19.5.1826: SC VI, S. 36. Siehe dazu außerdem ebd., S. 33f., 40–42.

⁴² Die wichtigsten Arbeiten zum politischen Problem der Emanzipation der britischen und v. a. der irischen Katholiken sind: HINDE, *Catholic Emancipation*; MACHIN, *Catholic Question*; REYNOLDS, *The Catholic Emancipation Crisis in Ireland*.

⁴³ Siehe dazu und zum Folgenden den Eintrag vom 12.5.1794 in: *LETTER-JOURNAL OF CANNING*, S. 97–100. Zu Sheridans Antrag siehe PH XXXI, Sp. 609–613.

Im Mai 1808 ließ er diese Zurückhaltung teilweise fallen. In einer Debatte über die Annahme einer Petition der irischen Katholiken, die von Grattan ins House of Commons eingebracht wurde, vertrat Canning offen seinen Standpunkt. Der war allerdings mittlerweile ebenso sehr von jenem Bemühen um einen Kompromiss zwischen Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit geprägt, das sich im Fall des Sklavenhandels zeigen lässt. Als Reaktion auf Grattans Forderung, endlich Schluss mit dem „entwürdigenden“ Ausschluss der Katholiken vom Parlament zu machen, reagierte er mit einer ausgleichenden Rede, an deren Ende jedoch die Empfehlung stand, die Petition nicht im Ausschuss zu diskutieren, sondern sie ohne verletzende Sprache zurückzuschicken.⁴⁴ Die Diskussion über die vorliegende Petition erforderte aus seiner Sicht „moderation and good temper“⁴⁵.

Die Betrachtung der vorliegenden Frage unter den Gesichtspunkten einer „fair and statesman-like prudence“⁴⁶ führten Canning zu der Schlussfolgerung, dass die Petition zurückzuweisen sei. Er zweifelte durchaus nicht an der moralischen Richtigkeit der Forderungen und hielt es zudem für wünschenswert, alles für die Versöhnung von Protestanten und Katholiken in Irland zu tun, aber „it was fair, at the same time, to consider the practicability of the good that was proposed.“⁴⁷ Er hielt es für fraglich, dass das Parlament mit seinen Beschlüssen zu einer Versöhnung in Irland beitragen könne, denn es gehe dort um nicht weniger als um einen Sieg über „the passions and prejudices of men“.⁴⁸

War ein solcher Sieg wahrscheinlich? Jeder wisse, so Canning, wie ablehnend die öffentliche Meinung zu Konzessionen gegenüber den Katholiken stehe. Fraglich sei nur, ob diese Einstellung auf Vernunft beruhe oder auf Vorurteilen. Sollte ersteres der Fall sein, dann könne man diese Haltung mit guten Argumenten leicht überwinden. Vorurteile hingegen ließen sich nicht durch Parlamentsbeschluss aus der Welt schaffen. Canning glaubte, wie gesagt, dass letzteres zutreffe, und hielt es daher in der herrschenden Situation für geboten, die politischen Beschränkungen, die den Katholiken auferlegt waren, nicht aufzuheben, da die Aufhebung mehr Unruhe schaffen würde, als die Fortsetzung der Beschränkung.

Man könnte sagen, dass Canning in diesem Fall, anders als beim Problem der Sklaverei, die Forderungen der Gerechtigkeit ganz und gar den Erwägungen der Zweckmäßigkeit unterordnete. Aber in Cannings Rede findet sich kein Hinweis darauf, dass er die Diskriminierung der Katholiken in irgendeiner Weise für sinnvoll oder zweckmäßig hielt. Cannings Ablehnung der Petition hatte nichts damit zu tun, dass er die *protestant ascendancy* bewahren wollte oder dass er glaubte, von den Katholiken gehe Gefahr für das Gemeinwesen aus – die üblichen Gründe derjenigen, die an den *Penal Laws* festhalten wollten. Sie ist vielmehr vor dem Hintergrund

⁴⁴ Siehe PD XI, Sp. 565; SC II, S. 348.

⁴⁵ PD XI, Sp. 572.

⁴⁶ SC II, S. 345.

⁴⁷ Ebd., S. 345f.

⁴⁸ Ebd., S. 346.

einer tiefen Spaltung von Portlands Kabinett, dem Canning als Außenminister angehörte, zu verstehen. In der Regierung standen sich protestantische Hardliner wie der evangelikale Spencer Perceval und versöhnlichere Politiker wie Castlereagh und Canning gegenüber.⁴⁹ Doch letztere hatten schlechte Karten, weil sowohl der König als auch die öffentliche Meinung auf Seiten der Ultra-Protestanten standen.

Auch wenn Canning in seiner Rede vor allem die öffentliche Meinung vorschob, war seine Haltung doch ganz besonders durch Rücksichtnahme auf Georg III. geprägt, dessen Ablehnung der Katholikenemanzipation er bislang immer respektiert hatte.⁵⁰ Wenn er sich also gegen die von Grattan präsentierte Petition wandte, so nicht, weil er die *Penal Laws* für zweckmäßig hielt, sondern nur, weil er ihre Abschaffung im Augenblick als unmöglich erachtete. Wer ein Bekenntnis in seiner Rede sucht, wird es nur in seiner grundsätzlichen Zustimmung zur Katholikenemanzipation finden. Er glaubte aber, dass die Tugend der Klugheit dazu rate, ein Übel zu tolerieren, solange seine Abschaffung zu einem noch größeren Übel führen müsse. Zweifellos war das eine problematische Haltung, weil er es vermied, eine klare Position zu beziehen.

Das ist ihm von Zeitgenossen durchaus vorgeworfen worden. Doch diese durch die Umstände diktierte Neutralität war wichtig, weil sie ihm später die Möglichkeit bot, offen für die Emanzipation einzutreten, ohne seine Grundhaltung revidieren zu müssen. Dass es dazu kommen werde, machte er schon in seiner Rede vom 25. Mai 1808 deutlich, als er sagte, dass die Katholiken, auch wenn das House of Commons die Petition zurückweisen sollte, einen Trost darin hätten, „that the object of the motion must ultimately, though, gradually, prevail.“⁵¹ Als die Umstände, die eine Katholikenemanzipation aus seiner Sicht unmöglich machten sich geändert hatten, konnte er sein Plädoyer für die Reform neben der Gerechtigkeit, die er ohnehin nie in Zweifel zog, auch auf die Zweckmäßigkeit gründen. Als dem Prince of Wales im Juni 1811 die Regentschaft übertragen wurde, weil Georg III. seine Geisteskräfte endgültig verlassen hatten,⁵² konnte Canning zeigen, dass ein Politiker, der über *statesman-like prudence* verfügte, gar nichts anderes empfehlen konnte, als die *Penal Laws* zwar Schritt für Schritt, aber doch restlos abzuschaffen.

Den ersten Versuch dazu machte er am 22. Juni 1812, als er das House of Commons dazu aufforderte, sich dringend mit der Katholikenfrage auseinanderzusetzen.⁵³ Anlass dafür war eine Generalversammlung der Katholiken von Dublin, die vier Tage zuvor stattgefunden hatte – aus Cannings Sicht nur eines von mehreren Anzeichen für die Unruhe, die in der öffentlichen Meinung in Irland herrschte und die Katholikenfrage zu einer wichtigen Staatsangelegenheit machte. Es ging um nicht weniger als um den inneren Frieden des Königreichs. Er gründete seinen An-

⁴⁹ Vgl. dazu und zum Folgenden HINDE, George Canning, S. 189.

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 251.

⁵¹ SC II, S. 347.

⁵² Vgl. HIBBERT, George III, S. 397f.

⁵³ Siehe dazu und zum Folgenden SC III, S. 294f.

trag auf drei Prinzipien: zunächst auf die in den meisten Staaten geltende Grundregel, dass alle Bürger dieselben politischen Rechte und Privilegien haben sollten; dann die Notwendigkeit, den inneren Zusammenhalt des Empire zu sichern; und schließlich die Verpflichtung der Regierung, sich mit Fragen zu befassen, die schon lange in der Gesellschaft schwelten.⁵⁴ Wichtig war ihm dabei – in Übereinstimmung mit seinen schon geschilderten Vorstellungen zur Bedeutung einer universalen Gerechtigkeit –, gleich zu Beginn zu dementieren, dass seine Vorstellungen irgendetwas mit „any of those wild theories of abstract rights“ zu tun hätten.⁵⁵ Die Gleichberechtigung der Katholiken war für ihn keine Frage abstrakter „rights of man“ oder „rights of citizen“, sondern ein Gebot politischer Zweckmäßigkeit, denn sie sollte dem liberalkonservativen Prinzip gesellschaftlicher Harmonie dienen.⁵⁶

Dabei war ihm die Brisanz seines Anliegens durchaus bewusst, und zwar nicht nur auf den konkreten Fall bezogen, sondern ganz grundsätzlich. Schließlich ging es darum, „to introduce change of any description in the constitutions of human society“.⁵⁷ Um den Anforderungen eines solchen Vorhabens gerecht zu werden, musste man sich klar machen, dass es zwei verschiedene Arten gab, politischen Wandel zu betrachten. Die eine Möglichkeit sei, sagte er, indem er das Ideal der Beharrung skizzierte, sich von der „dread of innovation“ leiten zu lassen. Die andere, und damit kam er zum Ideal der Veränderung, sei die „expediency of timely reformation or concession“.⁵⁸ Doch Canning wäre kein Vertreter des britischen Liberal-konservatismus gewesen, wenn er geglaubt hätte, dass ein kluger Politiker eine einfache Entscheidung zwischen diesen Idealen treffen könne. Vielmehr schwebte ihm der Mittelweg des Ideals der Mäßigung vor: „In reconciling these opposite and conflicting principles, and in assigning to each its due weight in human affairs, consists almost the whole art of practical policy.“⁵⁹

Im Fall der Katholikenemanzipation hieß das für Canning, die Frage zu stellen, ob weitere Konzessionen tatsächlich eine Innovation wären, wie die Gegner der Ka-

⁵⁴ Siehe ebd., S. 296–298.

⁵⁵ Ebd., S. 295. Siehe dazu auch eine Rede zum selben Thema vom 16.3.1821, wo von einer „wild theory of natural right“ die Rede ist: SC IV, S. 289.

⁵⁶ Selbst mit Blick auf das Recht der katholischen Peers, im House of Lords zu sitzen, dessen Wiederherstellung er am 30.4.1822 im House of Commons beantragte, sprach er nicht von einem Recht im abstrakten Sinne. Dieser Fall war aus seiner Sicht insofern verschieden von der Frage, ob Katholiken Mitglieder des House of Commons sein könnten, als die katholischen Peers durch den in der Testakte vorgeschriebenen Eid eines „right of inheritance“ beraubt wurden. Er betrachtete es deshalb als einem „principle of strictes justice“ entsprechend, die katholischen Peers von diesem Eid zu befreien. Im Gegensatz zu den Plänen der Whig-Opposition für eine Parlamentsreform, strebe er keine Innovation an, sondern eine Restauration. Doch auch in diesem Fall verzichtete er nicht darauf, zu sagen, dass es sich um eine Frage von „justice and expediency“ handele. Ebd., S. 382, 392f., 432. Diese Rede beeindruckte sogar Harriet Arbuthnot, obwohl sie, wie sie selbst meinte „such a bigotted Protestant“ war. Eintrag vom 1.5.1822, in: JOURNAL OF MRS. ARBUTHNOT I, S. 161.

⁵⁷ SC III, S. 298.

⁵⁸ Ebd., S. 299.

⁵⁹ Ebd.

tholikenemanzipation behaupteten. Die Vertreter der „dread of innovation“ hatten aus seiner Sicht dann die besten Argumente, wenn geplant sei, von einem „long established usage“ abzuweichen, was jedoch, wie er betonte, bei der Diskriminierung der Katholiken nicht zutreffe.⁶⁰ Das System, dessen Änderung er für richtig halte, habe erst mit der Reformation begonnen und es gebe keinen Grund, zur Aufrechterhaltung des für Großbritannien so segensreichen protestantischen Kirchenregiments die gewalttätigen Mittel der Zeit Heinrichs VIII. anzuwenden. Wer das wolle, müsse eine gute Begründung haben, wie Königin Elisabeth, die die britische Krone gegen eine Verschwörung der Anhänger des Papstes habe schützen müssen: „Where is now the popish conspiracy against which the Crown has to guard?“⁶¹

Es waren Canning zufolge nicht diese frühen Zeiten des englischen Protestantismus, die man sich ansehen müsse, wenn man entscheiden wolle, ob das System der politischen Neutralisierung der Katholiken fortgesetzt werden solle, sondern die Zeit der *Glorious Revolution*, auf deren Geist die derzeitige Behandlung der Katholiken zurückzuführen sei.⁶² Aber selbst diese Zeit sei, trotz der vielen Beschränkungen, die den Katholiken damals auferlegt worden seien, nicht entscheidend, da die meisten Gesetze, um die es gehe, aus einer noch späteren Zeit stammten: aus der Regierungszeit Königin Annas. Voll ausgebildet sei das System zudem erst mit der Krönung Georgs III. gewesen, in dessen Herrschaftszeit, nämlich 1774, aber auch schon die erste Lockerung beschlossen worden sei.

Wir haben gesehen, dass eine Einrichtung aus Sicht der Liberalkonservativen nur dann mit dem Mittel der *prescription* gerechtfertigt werden konnte, wenn sie die Klugheit von vielen Generationen widerspiegelte. Sie musste alt und gut sein. Das System zur Diskriminierung der Katholiken erfüllte Canning zufolge nicht einmal die erste Voraussetzung: die der langen Dauer.⁶³ Ein Abweichen von diesem System konnte deswegen keine Innovation sein. Das war Cannings erstes Argument dafür, dass eine Abschaffung der *Penal Laws* mit den Prinzipien des klugen Politikers vereinbar war. Das zweite betraf die Gründe, aus denen die Gesetze erlassen und bisher verteidigt worden waren. Sie seien, so Canning, nicht religiöser, sondern rein politischer Natur.⁶⁴ Die Katholiken seien nicht wegen ihrer Glaubenssätze von wichtigen Ämtern ausgeschlossen worden, sondern aufgrund ihrer politischen Illoyalität. Es sei daher eine rein politische Frage, ob die *Penal Laws* abgeschafft werden sollten, und die Erleichterungen, die es bisher gegeben habe, seien in dem Geist beschlossen worden, dass ein friedliches Miteinander von Protestanten und Katholiken zum Wohle des Königreichs und des Empires notwendig sei.

Canning verwies auf den *Irish Act* von 1793, in dessen Präambel das irische Parlament beschlossen hatte, dass „from the peaceable and loyal demeanour of his ma-

⁶⁰ Dazu und zum Folgenden ebd., S. 299–302.

⁶¹ Ebd., S. 302.

⁶² Siehe dazu und zum Folgenden ebd., S. 303–306.

⁶³ Siehe ebd., S. 313. Siehe dazu auch die Rede vom 16.3.1821, in: SC IV, S. 273f.

⁶⁴ Siehe dazu und zum Folgenden SC III, S. 307–311. Siehe außerdem SC IV, S. 274.

jesty's Roman catholic subjects, it is fit that such restraints and disabilities shall be discontinued.“⁶⁵ Das House of Commons müsse deshalb nicht mehr darüber diskutieren, ob die Gesetze gegen die Katholiken auf prinzipieller Ebene richtig oder falsch seien, sondern nur noch, ob die politischen Umstände, bei denen auch „the different genius of ages“ berücksichtigt werden müsse, es erlaubten, ein prinzipiell falsches System zu beenden.⁶⁶ Wenn der politische Nutzen des Systems nicht mehr evident war, wie Canning meinte, dann war es an der Zeit, „to give effectual operation and fair play to those other principles of which we have recognizes the superior justice“.⁶⁷

Dass Canning von einer „höheren Gerechtigkeit“ sprach und sich, um diesen Anspruch zu untermauern, auf vier große Autoritäten der jüngsten Parlamentsgeschichte berief: nämlich Burke, Fox, Windham und Pitt, sollte nicht den Blick darauf verstellen, dass das House of Commons in seinen Augen eine rein praktische Frage vor sich hatte.⁶⁸ Alles in allem entwickelte er in dieser Rede dieselbe Argumentation wie bei der Abschaffung des Sklavenhandels: Er zeigte das Bemühen, universale Gerechtigkeit und politische Zweckmäßigkeit mit Hilfe der *statesman-like prudence* in Einklang zu bringen. Es war eine Frage der Klugheit, zu entscheiden, wo in diesem Fall der Mittelweg zwischen der Furcht vor Innovationen und der „expediency of timely reformation or concession“ verlaufe, in welche Richtung das Pendel des Ideals der Mäßigung ausschlagen sollte. Diese Festlegung erforderte es, eine genaue Antwort auf die Frage zu geben, ob weitere Konzessionen gegenüber den Katholiken unweigerlich zu einer Rekatholisierung des Landes führen müssten. Sollte das der Fall sein, so Canning, werde er sofort von diesem Vorhaben Abstand nehmen. Gleichzeitig machte er jedoch auch klar, dass der Mittelweg, der in diesem Fall einzuschlagen sei, nicht näher bei denen lag, die nichts verändern wollten: „I maintain that this is the very point where the necessity of proof lies heaviest on those who contend against further concessions.“⁶⁹ Das war, wie er in einer Rede vom 26. März 1821 im Hinblick auf den Ausschluss der Katholiken vom Parlament erklärte, vor allem deshalb so, weil die politische Teilhabe ein so hohes Gut war, dass man wirklich gute Gründe brauchte, um sie einem Teil der Bürger vorzuenthalten.⁷⁰

Diesem von einem tiefverwurzelten Gerechtigkeitsgefühl motivierten und von Klugheit und Zweckmäßigkeit geleiteten Plädoyer fügte Canning in den kommenden Jahren nichts entscheidend Neues hinzu. Neu war lediglich die Feststellung – zum Beispiel in der Rede vom 26. März 1821 –, dass den Katholiken das aktive Wahl-

65 FULL AND ACCURATE REPORT OF THE DEBATES IN THE PARLIAMENT OF IRELAND, IN THE SESSION 1793; ON THE BILL FOR RELIEF OF HIS MAJESTY'S CATHOLIC SUBJECTS, S. 153.

66 Siehe SC III, S. 312f. Das Zitat findet sich ebd., S. 314.

67 Ebd., S. 31. Siehe dazu die Rede vom 16.3.1821: SC IV, S. 275f. Siehe dazu auch eine Rede in Liverpool vom 13.10.1812, in: SCL, S. 19f.

68 Zur Berufung auf die genannten Politiker siehe SC III, S. 3–335

69 Ebd., S. 335.

70 Siehe SC IV, S. 289f.

recht schon zugestanden worden sei und dass auch ihr Ausschluss von Armee, Marine und ziviler Verwaltung mit Ausnahme der höchsten Posten nicht mehr gelte, so dass es eine „monstrous inconsistency in our system“ sei, dass sie nach wie vor weder im House of Commons noch im House of Lords sitzen dürften.⁷¹ Darüber hinaus drehte sich sein *ceterum censeo* der kommenden Jahre vor allem um die Frage, ob die Tugend der Klugheit tatsächlich eine Aufhebung der *Penal Laws* empfahl oder, anders gesagt: ob die politische Gefahr, die von den Katholiken ausgegangen war, wirklich nicht mehr bestand. Dass Canning seine ganze Argumentation auf die Frage politischer Klugheit aufgebaut hatte, machte sie auf der einen Seite äußerst stichhaltig, auf der anderen aber paradoxerweise auch leicht angreifbar. Denn natürlich konnte dasselbe Argument auch die Gegenseite benutzen, ohne dabei die ideelle Grundlage zu ändern. Das offenbart die Schwäche einer nur auf Klugheit aufbauenden Politik, in der höhere Prinzipien ständig davon bedroht sind, durch Zweckmäßigkeitserwägungen eingeschränkt zu werden. Im Fall der Katholiken hing alles davon ab, ob noch politische Gefahr von ihnen ausging oder nicht. So kam es, dass Peel Canning zwar in der Sklavereifrage unterstützte,⁷² in der Katholikenfrage aber dieselben Argumentationsmuster wie Canning verwandte, um damit das Gegenteil zu erreichen.

Zunächst machte Peel die Ausnahme zur Regel, indem er nicht nur vor der Maßlosigkeit der katholischen Agitatoren in Irland warnte, sondern daraus ableitete, dass eine fortdauernde Gefahr von den Katholiken als Gruppe ausgehe.⁷³ Dann sah er keine Inkonsistenz darin, dass die irischen Katholiken das Wahlrecht bekommen hätten, aber nicht zum Parlament zugelassen werden sollten, weil *franchise* und *office*, wie er unter Berufung auf Burke erklärte, zwei unterschiedliche Funktionen waren, die nicht dieselben Qualifikationen erforderten.⁷⁴ Die angebliche oder tatsächliche politische Unzuverlässigkeit fiel beim Wählen weniger ins Gewicht als bei der Ausübung eines Amtes:

I see no inconsistency in permitting the Roman Catholics to choose the representatives and advocates of their interests, – but in taking at the same time, a security that those representatives, warmly as they may espouse their cause, shall have no religious bias in their own minds against a Protestant government in church and state.⁷⁵

⁷¹ Siehe ebd., S. 295–297. Das Zitat findet sich ebd., S. 297. Canning verwies damit auf die *Roman Catholic Relief Acts* von 1791 und 1793 (*Irish Franchise Act*). Vgl. zu diesen Gesetzen MACHIN, *Catholic Question*, S. 10f.

⁷² Siehe etwa eine Unterhausrede vom 1. März 1826, in: SP I, S. 394f. Siehe auch drei spätere Reden aus den Jahren 1830, 1832 und 1833, in: SP I, S. 217f., 547–550; SP II, S. 705–709.

⁷³ Siehe v. a. fünf Unterhausreden aus den Jahren 1813, 1814, 1825 und 1827, in: SP I, S. 15–18, 40–42, 43–45, 340, 470.

⁷⁴ Als es darum ging, auch den britischen Katholiken das aktive Wahlrecht zu gewähren, vertrat er wieder denselben Standpunkt. Siehe dazu drei Reden aus dem Jahr 1823: Siehe SP I, S. 249f., 260, 266f.

⁷⁵ So in einer Unterhausrede vom 9. Mai 1817, in: ebd., S. 80.

Peel verwies dabei, wie gesagt, auf Burke. Doch mit welchem Recht? Hatte Burke nicht immer auf der Seite der Katholikenemanzipation gestanden? Peel glaubte das nicht oder versuchte doch zumindest, den Eindruck zu erwecken, dass er es nicht glaubte. Als der Whig-Abgeordnete William Plunket am 28. Februar 1821 im House of Commons beantragte, Katholiken zu öffentlichen Ämtern zuzulassen, erklärte Peel, dass Pitt, Burke und, so glaube er, auch Windham im Jahr 1791 gegen die Aufhebung der *Corporation and Test Acts* eingetreten seien.⁷⁶ Jeder hätte das in *Cobbett's Parliamentary History of England* nachprüfen können. Doch wie sollte das während einer Parlamentsdebatte möglich sein?

Es war keine Eigenart von Peels parlamentarischer Redekunst, sich auf die Ignoranz seiner Zuhörer zu verlassen, sondern eine weitverbreitete Praxis. Indem er Pitt, Burke und Windham als Zeugen für seine Sache aufrief, tat er nichts, was nicht auch andere Abgeordnete getan hätten, um einen Effekt zu erzielen. Viel mehr war es allerdings nicht. Wenn man in den 18. und 19. Band der *Parliamentary History* sieht, kann man feststellen, dass am 10. Mai 1791 tatsächlich der Antrag gestellt wurde, die Testakte aufzuheben. Aber dieser Antrag, den Sir Gilbert Elliot, ein burkeanischer Whig, ausgehend von einer Petition der Church of Scotland stellte, bezog sich allein auf Schottland und betraf vor allem diejenigen Mitglieder der *Kirk*, die den vorgesehenen Eid als unvereinbar mit ihrem reformierten Glauben erachteten.⁷⁷ Es ist zwar richtig, dass Pitt die Testakte in jener Debatte als unverzichtbar für das protestantische Kirchenregiment in England und Schottland bezeichnete,⁷⁸ aber weder Burke noch Windham meldeten sich zu Wort. Stattdessen erklärte Burke am 1. März desselben Jahres im House of Commons, dass von den Katholiken keine politische Gefahr mehr ausgehe und die sie betreffenden Beschränkungen daher graduell abgeschafft werden könnten.⁷⁹ Ähnlich äußerte er sich im folgenden Jahr gegenüber seinem Sohn: „I certainly if I had all in my power would give and far more than now they ask – but leisurely; by degrees; and portion by portion; and this, my own settled plan of policy, I inculcate as much as I can to others.“⁸⁰

Nicht Peel, sondern Canning stand also in diesem Fall in burkeanischer Tradition. Eine Gegenüberstellung der Positionen, die beide in der Debatte vom Februar und März 1821 vertraten, lässt das überdeutlich werden. Peel ging nicht so weit, die *Penal Laws* als gerecht hinzustellen. Tatsächlich nannte auch er sie ein Übel. Aber wenn sie ein Übel darstellten, so seien sie doch notwendig, weil die Katholiken die englische Verfassung noch immer bedrohten.⁸¹ Die historischen Gründe für diese

⁷⁶ Siehe SP I, S. 149. Siehe dazu Plunkets Rede in: PD (n. s.) IV, Sp. 961–988.

⁷⁷ Siehe PH XIX, Sp. 488–494. Zum Verhältnis von Eliot und Burke vgl. LOCK, Edmund Burke, Bd. II, S. 148, 204f.

⁷⁸ Siehe PH XIX, Sp. 507–510.

⁷⁹ Siehe PH XVIII, Sp. 1369–1372.

⁸⁰ Burke an Richard Burke, Jr., [18.11.1792], in: CEB VII, S. 292f.

⁸¹ Siehe SP I, S. 156.

Gesetze waren aus seiner Sicht gar nicht historisch. Sie waren so aktuell, wie sie es immer gewesen waren.⁸²

Canning hingegen war felsenfest davon überzeugt, dass die britischen und irischen Katholiken ihre potentielle Macht nicht missbrauchen würden, wie er in der Debatte vom 16. März 1821 sagte.⁸³ Ironisch verteidigte er Peel gegen sich selbst, indem er feststellte, er glaube nicht, dass Peel in einem anderen Land, indem der Protestantismus die Minderheit sei, einen Sitz im dortigen Senat zum Umsturz der bestehenden Ordnung nutzen würde, weil sein Gewissen es ihm befehle.⁸⁴ Und die Katholiken im Vereinigten Königreich würden es auch nicht tun. Aus seiner Sicht gab es, wie er einige Jahre später sagte, keinerlei Widerspruch zwischen der Aufrechterhaltung der protestantischen Staatskirche und einer politischen Gleichberechtigung der Katholiken.⁸⁵

Das bedeutete freilich nicht, dass Canning die Agitation der politischen Führer der irischen Katholiken guthieß. Vielmehr verurteilte er ihre Maßlosigkeit und sah sie als ein erhebliches Hindernis auf dem Weg zur Lösung des Problems.⁸⁶ Deshalb trat er im Februar 1825 zusammen mit seinen Kabinettskollegen für die Unterdrückung der Catholic Association ein.⁸⁷ Broughams Versuche, die Vereinigung und ihre Umtriebe zu rechtfertigen, dienten Canning im Februar 1825 als Beleg für dessen Maßlosigkeit.⁸⁸ Sowohl Brougham als auch die Führer der Catholic Association verstanden in seinen Augen nicht, dass starke Opposition gegen die Katholikenemanzipation innerhalb und außerhalb des Parlaments nur schrittweise überwunden werden konnte: „I do not despair of this result, if we proceed with sobriety and circumspection; but I doubt whether we can accomplish everything at a single blow.“⁸⁹ Da war er wieder: derselbe burkeanische Gradualismus, den Canning auch in der Sklavereifrage vertrat. Bei beiden Problemen verstand sich Canning, wie bei allem anderen, als Vertreter eines *moderate and middle course* oder *middle course between extremes*, denn er bezeichnete nicht nur die Agitation der Catholic Association als eine Hürde auf dem Weg zur Emanzipation, sondern warnte auch die Gegner der Gleichstellung davor, die irischen Katholiken in die Arme von Aufrührern und radikalen Priestern zu treiben:

⁸² Siehe ebd., S. 152.

⁸³ Siehe SC IV, S. 275f., 303.

⁸⁴ Siehe ebd., S. 277f.

⁸⁵ Siehe eine Unterhausrede vom 15.2.1825, in: SC V, S. 355.

⁸⁶ Siehe ebd., S. 376f. Siehe auch ebd., S. 428.

⁸⁷ Siehe ebd., S. 385. Siehe auch Peel an Goulburn, 15.12.1824 (Kopie), BL, Peel Papers, Add. MS. 40330, ff. 284f. Siehe außerdem Canning an Peel, 6.11.1824, in: PPP I, S. 345: „The Roman Catholic Association is the most difficult problem that a Government ever had to deal with.“ Zur Diskussion dieses Problems in der Regierung Liverpool vgl. MACHIN, Catholic Question, S. 49f.

⁸⁸ Siehe SC V, S. 382. Siehe dazu Broughams Unterhausrede vom 3.2.1825, in: PD (n. s.) XII, Sp. 62–70.

⁸⁹ SC V, S. 384. Siehe auch ebd., S. 427.

If the Roman Catholics are idolators in religion (as we swear at this table that they are), we cannot help it. But if they are (as is now alleged) idolators in politics, it is we who have to answer for their error. If we withdraw from them the more legitimate objects of political reverence; if we deny to them, as it were, the political sacraments of the constitution, what wonder that they make themselves false gods of the champions of their cause – their spiritual and political leaders.⁹⁰

Er hielt es deshalb nicht einfach nur für politisch unschädlich, den Katholiken entgegenzukommen; es war auch politisch geboten, weil die fortdauernde Diskriminierung der Katholiken früher oder später zu einem radikalen Umbruch führen musste. Deshalb galt in diesem Fall das Prinzip, das wir im Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen Begriffe bei Canning gesehen haben, dass nämlich, „[i]f change must be made, it is surely better that it should be effected while it may be brought about temperately and amicably.“⁹¹ Der Vertreter des Ideals der Mäßigung – das zeigt sich hier wieder einmal – ist oft ein *Trimmer*.

War Peel in diesem Fall also kein *Trimmer*? Zunächst nicht, später dafür aber um so mehr. Aufgrund seiner politischen Herkunft war er zu sehr auf die Verteidigung der *protestant ascendancy* verpflichtet, als dass er wie Canning hätte sprechen und handeln können. Nachdem er sich in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht Huskissons Liberalismus angeschlossen hatte, blieb die Katholikenfrage das einzige Thema, das ihn von den anderen *Liberal-Tories*, vor allem von Canning, trennte. Bis zu Cannings Tod sollten sie sich nicht einig werden. Als sich jedoch nach Cannings Tod die politische Stimmung in Irland immer weiter verschlechterte, musste – oder konnte? – Peel seine Position ändern. Und er tat es, ohne sein Argumentationsmuster zu ändern. Damit hätte er es sich unnötig schwer gemacht. Denn dass Peel sich, anders als Canning, eigentlich nicht auf Burke berufen konnte, hieß durchaus noch nicht, dass er unrecht hatte. Eine Antwort auf die Frage, wer von beiden richtig lag, ob also die Katholiken eine Gefahr darstellten oder nicht, hing vom Betrachter ab.

Zu der schon angesprochenen Schwäche einer nur an Klugheit und Zweckmäßigkeit orientierten Politik gehört auch, dass eine solche Politik nicht nur von den herrschenden Umständen abhängt, sondern ebenso von der Art, wie diese interpretiert werden. Wer konnte wirklich wissen, ob der Katholizismus die britische Verfassung bedrohte? Wie sollte Canning beweisen, dass Peel und die anderen Verteidiger der *Penal Laws* sich irrten? Wenn Canning es nicht konnte, dann war auch Peel nicht dazu in der Lage. Deshalb schlug Peel, als seine Position nicht mehr zu halten war, einen anderen Weg ein, ohne einen Sinneswandel zuzugeben. Damit wich er durchaus nicht von den Prinzipien ab, die Lord Liverpool einst für sein Kabinett festgelegt hatte. Denn auch Liverpool war immer der Meinung gewesen, dass Um-

⁹⁰ So in einer Rede vom 21. April 1825, in: ebd., S. 399. Siehe dazu auch Canning an J. S. Sawbridge, 3.6.1825, in: SOME OFFICIAL CORRESPONDENCE OF CANNING I, S. 359f.

⁹¹ SC V, S. 400.

stände eintreten könnten, in denen die Neutralität des Kabinetts in dieser Frage zugunsten einer Veränderung des Status quo aufgegeben werden müsste.⁹²

Mit diesem Argument bereitete auch Peel seinen Meinungswechsel vor und erklärte schon am 25. Februar 1825, eine Änderung der rechtlichen Stellung der Katholiken wäre angesichts einer „*overruling necessity*“ denkbar.⁹³ Am 6. März 1827 und 9. Mai 1828 ließ er dann durchblicken, wann das der Fall sein mochte: Wenn die politische Beruhigung Irlands durch die Katholikenemanzipation erreicht werden könnte, würde er nicht zögern seine Befürchtungen zurückzustellen.⁹⁴ Noch könne er jedoch nicht erkennen, dass die Emanzipation wirklich diese Wirkung hätte.

Zwei Jahre später hatte sich das geändert und Wellington als Premierminister und Peel als Innenminister machten sich daran, das herbeizuführen, was Canning immer gefordert und sie stets bekämpft hatten. Als Peel am 5. Februar 1829 erstmals eine Veränderung der Regierungspolitik gegenüber den Katholiken ankündigte, bekräftigte er seinen Glauben an die politische Gefahr, die von den Katholiken ausgehe. Als Minister habe er jedoch eine besondere Verantwortung und müsse zur Kenntnis nehmen, dass es noch eine größere Gefahr gebe; die Regierung sei gezwungen, „*to yield to the necessity of the times*“.⁹⁵ Und schließlich habe er seine bisherige Haltung ja niemals auf der Grundlage abstrakter Prinzipien vertreten.⁹⁶ Der Leitbegriff, der hier mitschwang, fiel am 12. Februar, als Peel erklärte, „*considerations of expediency*“ seien wichtiger als moralische Verpflichtungen.⁹⁷ Die Regierung hatte Peel zufolge nur die Wahl zwischen zwei Übeln und musste das kleinere wählen.⁹⁸ Die Berufung auf den Grundsatz der Zweckmäßigkeit rückte das Ziel, nicht die Mittel, in den Vordergrund. Das hatte Croker, der wie Canning zu den frühen Befürwortern der Katholikenemanzipation in der Tory-Partei gehörte, schon 1819 vertreten: Wenn er sich für die Rechte der Katholiken einsetze, so nur um das protestantische Kirchenregiment in Irland zu retten.⁹⁹ Anfang 1829 war auch Peel so weit. Am 10. Februar sagte er, er ändere nicht seine Meinung, sondern nur seine Vorgehensweise, um dasselbe Ziel zu verfolgen wie bisher: „*to maintain the Protes-*

⁹² Siehe beispielsweise Lord Liverpool an Lord Wellesley, 19.5.1812, in: PPP I, S. 68.

⁹³ SP I, S. 340.

⁹⁴ Siehe ebd., S. 474, 620.

⁹⁵ Ebd., S. 667f. Dass man zu so einer Auffassung auch als „*stiff anti-Catholic*“ kommen konnte, zeigt ein Beispiel von außerhalb des Parlaments. Sir Walter Scott beglückwünschte Peel zu seiner Entscheidung und erklärte, dass ihm eine Reise nach Irland ihre Notwendigkeit vor Augen geführt habe. Scott an Peel, 1.3.1829, in: PPP II, S. 97f. Angesichts von Scotts Ansehen war diese Zustimmung für Peel besonders wichtig. Siehe Peel an Scott, 3.4.1829, in: ebd., S. 100.

⁹⁶ Siehe SP I, S. 673.

⁹⁷ Ebd., S. 741.

⁹⁸ Siehe Peel an Wellington, 11.8.1828, in: MP I, S. 182.

⁹⁹ Siehe Croker an Charles Elrington, 21.5.1819, in: CP I, S. 134f.

tant inviolable – to consult the safety of the Protestant establishment – and, at the same time, to ensure the peace and tranquillity of Ireland.“¹⁰⁰

Das kann man für klug halten, ja sogar für einen besonders klaren Ausdruck des Ideals der Mäßigung, dessen Vertreter in der Lage sein muss, sich in bestimmten Situationen dem Ideal der Veränderung anzunähern. Peel selbst schrieb dazu in seinen Memoiren: „A prudent minister, before he determines against all concession – against any yielding or compromise of former opinions – must well consider what it is that he has to resist, and what are his powers of resistance.“¹⁰¹ Doch wo bleibt die Gerechtigkeit, die im burkeanischen Liberalkonservatismus fest mit der Zweckmäßigkeit verbunden war? Zweifellos war Wellingtons und Peels Entscheidung nicht nur zweckmäßig, sondern auch gerecht. Die Entscheidung, endlich Gerechtigkeit walten zu lassen, fiel ihnen deshalb nicht allzu schwer, weil sie sich bereits zuvor deutlich von den harschen Positionen der Ultra-Protestanten abgehoben hatten.¹⁰² Der Vorwurf der Inkonsistenz, den letztere vor allem Peel machten, hat seinen Ursprung auch darin, dass sie sich nicht über Peels tatsächliche Sichtweise im Klaren waren. 1829 gab Peel weniger eine alte Position auf, als dass er sich verspätet zu etwas bekannte, was die Gerechtigkeit von ihm verlangte.¹⁰³ Vielleicht wirkt seine Haltung zum Katholizismus in den folgenden Jahren deshalb oft wie der Versuch, etwas wiedergutzumachen.

So glaubte er schon im August 1828, also vor dem *Catholic Relief Act*, dass sich „the reasonable Men of all Parties“ darin einig seien, allen irischen Kindern aus armen Verhältnissen unabhängig von ihrer Konfession dieselbe Erziehung zu ermöglichen, ja sogar gemeinsam an denselben Schulen zu unterrichten.¹⁰⁴ Nicht zuletzt angesichts des großen Erfolgs der von O’Connell geführten Repeal Association warb

100 SP I, S. 679. Croker befürchtete allerdings, dass diese Entscheidung zu spät komme, um noch etwas Gutes bewirken zu können. Siehe den Tagebucheintrag vom 31.1.1829, in: CP II, S. 7.

101 MP I, S. 116.

102 Vgl. MACHIN, *Catholic Question*, S. 117f.

103 Anders sieht es HINDE, *Catholic Emancipation*, S. 57f., die meint, Peel habe sich weder durch emotionale noch durch sachliche Argumente von der Notwendigkeit der Katholikenemanzipation überzeugen lassen. Seine Entscheidung sei rein taktischer Natur gewesen, da er die Sicherung seiner Position im House of Commons im Auge gehabt habe. Peel hätte nicht Leader of the House of Commons bleiben können, wenn er in einer wichtigen gesellschaftspolitischen Frage weiterhin zur Minderheit gehört hätte. Das ist wenig überzeugend, denn da sich die *Ultra-Tories* nicht ohne Weiteres mitziehen ließen, gefährdete Peel seine Stellung im Parlament gerade durch seine Entscheidung für die Katholikenemanzipation. Der Sturz der Regierung, zu dem es im Jahr 1830 kam, macht das deutlich. Wenn es Peel 1829 nur darum gegangen wäre, seine Position zu sichern, hätte er zusätzlich zu seinem Meinungswechsel zu den Whigs überlaufen müssen.

104 Peel an Lord Francis Leveson-Gower, 29.8.1828 (Kopie), BL, Peel Papers, Add. MS. 40335, f. 59. Siehe dazu auch seine Vorstellungen eines gleichzeitigen Religionsunterrichts für protestantische und katholische Kinder in Irland: Peel an John Leslie Foster, 1.9.1829, in: PPP II, S. 128f. Peel stieß dabei auf heftigen Widerstand im Lager der Ultra-Protestanten, die fürchteten, der katholische Klerus könne versuchen, unter armen protestantischen Kindern zu missionieren. Siehe etwa John Leslie Foster an Peel, 12.9.1829, in: ebd., S. 130f.

er dann als Premierminister mit Grahams Unterstützung dafür, Verwaltungsämter in Irland mit „respectable Roman Catholics“ zu besetzen.¹⁰⁵ Das Prinzip, das Protestanten bei besserer Qualifikation bevorzugt werden müssten, könne nicht mehr gelten, wenn man eine Versöhnung mit den gemäßigten Katholiken anstrebe. Er habe den Eindruck, schrieb er dem Lord Lieutenant of Ireland, Earl De Grey, im Juli 1843, dass „occasional favour shown to a Roman Catholic will be very advantageous, and diminish the influence and power of those who are hostile to British connection.“¹⁰⁶ Ziel sei es, zu zeigen, dass „moderation in politics and abstinence from agitation has at least a chance of reward.“¹⁰⁷ Das entsprach den Motiven, die Peel zum *Catholic Relief Act* veranlasst hatten. Es ging darum, zumindest eine gewisse soziale Harmonie in Irland zu erreichen, eine Absicht, die auch vom damaligen Lord Lieutenant of Ireland, dem Duke of Northumberland unterstützt wurde.¹⁰⁸ 1843 sah es etwas anders aus. De Grey, der meistens als Ultra-Protestant mit Beziehungen ins Lager der *Orangemen* gezeichnet wird, antwortete Peel mit den harten Worten: „Conciliation is a chimera.“¹⁰⁹

Natürlich verfolgte Peel – auch darin von Graham unterstützt – mit seiner Vorgehensweise wieder einmal vor allem politische Zwecke, dachte er doch in erster Linie an die Notwendigkeit, nicht nur die innere Ordnung in Irland aufrechtzuerhalten, sondern auch die Union mit Großbritannien zu sichern. Doch war nicht alles Zweckmäßigkeit. Peel handelte den Regeln der burkeanischen Klugheit entspre-

105 Dazu und zum Folgenden: Peel an Graham, 16.6.1843, in: PPP III, S. 53f. Zur Repeal Association vgl. JENKINS, *Irish Nationalism*, S. 43. Siehe dazu Graham an Peel, 18.6.1843, in: LLG I, S. 363f; Eintrag vom 24.1.1842, in: GREVILLE MEMOIRS (SECOND PART) II, S. 77. Schon vor seiner Meinungsänderung in der Katholikenfrage hielt er es für vertretbar, dass der katholische Baron Arundell of Wardour in die Commission of Peace der Grafschaft Wiltshire aufgenommen würde. Als Innenminister wollte er die Entscheidung darüber aber lieber dem Lordkanzler überlassen. Siehe Peel an Lord Eldon, [5.8.1824], BL, Eldon Papers, Add. MS. 82611, f. 8. Siehe dazu den Brief des Lord Lieutenant der Grafschaft, der mit dieser Idee an Peel herangetreten war: Lord Pembroke an Peel, 3.8.1824, BL, Eldon Papers, Add. MS. 82611, f. 10.

106 Peel an De Grey, 24.7.1843 (Kopie), BL, Peel Papers, Add. MS. 40478, f. 120, teilweise abgedr. in: PPP III, S. 54f. (Hervorhebung im Original.)

107 Peel an De Grey, 22.8.1843, in: PPP III, S. 59. Siehe auch Peel an Lord Heytesbury, 26.8.1844 (Kopie), BL, Peel Papers, Add. MS. 40479, f. 41; Peel an Lord Heytesbury, 8.8.1844, in: PPP III, S. 117.

108 Siehe dazu auch Duke of Northumberland an Peel, 23.1.1830, in: PPP II, S. 144.

109 De Grey an Peel, 18.8.1843, in: PPP III, S. 56. Dieses De-Grey-Bild herrschte lange in der britischen Historiographie vor und ist erst vor Kurzem herausgefordert worden. Für die traditionelle Sichtweise vgl. v. a. KERR, *Priests and Politics*, S. 72; GASH, *Sir Robert Peel*, S. 394–401; ERICKSON, *The Public Career of Sir James Graham*, S. 273f. Gegen die Auffassung, De Grey habe die Probleme in Irland nicht verstanden, hat READ, *Peel, De Grey and Irish Policy*, eingewandt, dass auch De Grey die Repeal Association als Problem betrachtet, ihren Ursprung aber nicht in religiösen, sondern in wirtschaftlichen Problemen gesehen habe. Dass er Peel nicht allzu fern gestanden habe, sehe man auch daran, dass er sich nach 1846 den *Peelites* und schließlich der Liberal Party angeschlossen habe. Die Richtigkeit dieser Interpretation ändert freilich nichts daran, ja sie bestätigt sogar, dass er das religiöse Problem fundamental anders einschätzte als Peel und sich zu keinem Entgegenkommen gegenüber gemäßigten Katholiken bereit fand.

chend, indem er mit dem Zweckmäßigen auch das Gerechte förderte. Dass er Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit nicht nur gedanklich, sondern auch rhetorisch, also auf der öffentlichen Bühne des House of Commons, zusammenbringen konnte, wurde viele Jahre nach dem *Relief Act* deutlich, als sich Peel für die politische Gleichstellung der britischen Juden einsetzte. Im Jahr 1830 hatte er sich noch im Einklang mit seiner Partei dagegen ausgesprochen, auch Juden zum Parlament und zu anderen Ämtern zuzulassen, weil sie, anders als die Katholiken, aus seiner Sicht nicht Bürger eines christlichen Staates sein könnten.¹¹⁰ Das hatte er durchaus bedauert, weil den britischen Juden als Untertanen nichts vorzuwerfen sei.

Im Jahr 1848, fast zwei Jahre nachdem ihn seine eigene Partei als Premierminister gestürzt hatte, hatte er seine Meinung nicht nur geändert, sondern konnte sie auch frei von allen parteipolitischen Zwängen vortragen. Er hielt daran fest, dass es einen fundamentalen religiösen Gegensatz zwischen Christentum und Judentum gebe, meinte nun aber, dass man ihn nicht zuungunsten der Juden auslegen dürfe.¹¹¹ Und in Übereinstimmung mit seiner früheren Haltung in der Katholikenfrage fügte er hinzu, dass die Legislative nur dann das Recht habe, religiöse Abweichung zu sanktionieren, wenn es sich um eine für den Staat gefährliche Religion handele. Solch eine Gefahr ging aus seiner Sicht vom Judentum nicht aus, so dass es keine Rechtfertigung für den Ausschluss der Juden von öffentlichen Ämtern gab. Diese negative, eine politische Gefahr ausschließende Begründung seiner Haltung war jedoch noch nicht alles. Peel setzte sich auch deshalb für die politische Gleichstellung der Juden ein, weil er, an David Hume anschließend, der Ansicht war, das Christentum schulde dem Judentum Wiedergutmachung für jahrhundertelange Verfolgung, und er argwöhnte, dass der wirkliche Grund vieler Politiker, die Gleichstellung abzulehnen, in einem religiösen Antisemitismus zu finden sei.¹¹²

Aus ihm sprach das rationale Christentum der Liberalkonservativen. Es ist bemerkenswert, dass ausgerechnet Henry Goulburn Peels Standpunkt in dieser Frage nicht teilte, einer der wenigen Liberalkonservativen mit einem eher evangelikalen Temperament. Goulburn warnte vor der politischen Gleichstellung der Juden, weil ein solcher Schritt als Relativierung des Christentums verstanden werden könne und damit den missionarischen Auftrag der Briten im Empire gefährde.¹¹³ Peel grenzte sich aber nicht allein von solch einer evangelikalen Position ab.¹¹⁴ Wie liberal er inzwischen in religiösen Fragen geworden war, zeigte er auch, indem er sich mit Thomas Arnold verglich, dem berühmten liberalen Theologen und Rektor der

¹¹⁰ Siehe eine Unterhausrede vom 17.5.1830, in: SP II, S. 149–151. Dazu dass Peel hier die Mehrheitsmeinung der Conservative Party vertrat, siehe Wellington an Peel, 6.4.1830, in: PPP II, S. 145f.

¹¹¹ Siehe dazu die Unterhausrede vom 11.2.1848, in: SP IV, S. 745, 747–750.

¹¹² Siehe ebd., S. 751f. Siehe dazu HUME, *The History of England* (1754–61), S. 160. HIMMELFARB, *The People of the Book*, S. 69, liegt also nicht ganz richtig, wenn sie schreibt, Peel habe die Emanzipation der Juden nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit und nicht der Gerechtigkeit unterstützt.

¹¹³ Siehe Goulburns Unterhausrede vom 16.12.1847, in: PD (3rd s.) XCV, Sp. 1318–1321.

¹¹⁴ Siehe SP IV, S. 752f.

Rugby School, dem später einer seiner Schüler, der Schriftsteller und liberale Politiker Thomas Hughes, mit seinem Roman *Tom Brown's Schooldays* ein literarisches Denkmal setzen sollte.¹¹⁵ Arnold, so Peel, habe den Juden politische Rechte verweigern wollen, weil sie „voluntary strangers“ in Großbritannien seien, „and have no claim to become citizens but by conforming to our moral law, which is the gospel.“¹¹⁶ Peel hielt dem die für England, nicht für das ganze Vereinigte Königreich, so typische ethnische Offenheit entgegen: Die Nachfahren der alten, also keltischen, Briten mochten vielleicht Arnolds Standpunkt vertreten, nicht aber „the descendants of a Norman, or a Roman, or a Saxon, or a Dane.“¹¹⁷ Im Jahr 1848 hatte Peel Arnold – also einen der wichtigsten Stichwortgeber der liberalen *Broad-Church*-Bewegung – in Sachen des religiösen Liberalismus weit hinter sich gelassen und erklärte: „The Jew is a subject natural-born; and I contend that he has a right, as such, to be qualified for all civil trusts.“¹¹⁸

Jetzt war Peel also in der Lage, sich zu dem zu bekennen, was er im Grunde schon im Jahr 1829 getan hatte: nämlich, geleitet von Klugheitserwägungen, Zweckmäßigkeit und Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Der Unterschied war indes, dass Peel 1848 selbst aktiv wurde, dass er die Rolle spielte, die Canning in den 1820er Jahren in der Debatte um die Katholikenemanzipation gespielt hatte. Anders als 1829 und 1846, als er die Aufhebung der *Corn Laws* durchsetzte, plädierte er 1848 für eine Änderung, die nicht durch eine „overruling necessity“ vorgegeben war. Der liberale Kern seines politischen Denkens war nun stärker als die konservative Disposition, stärker auch als der Hang zu einer *policy of expediency*.

¹¹⁵ Siehe HUGHES, *Tom Brown's Schooldays* (1857), passim.

¹¹⁶ Arnold an den Erzbischof von Dublin, 4.5.1836, in: *LIFE AND CORRESPONDENCE OF THOMAS ARNOLD* II, S. 35. Siehe dazu SP IV, S. 746.

¹¹⁷ Ebd., S. 746.

¹¹⁸ Ebd.